Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,24. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8—6, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 6, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Firmen aber noch Heimgarten 20 Pfg. Unterm Strich (eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt Niederlössnitz b. Dresden.
für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

Eiserne Oefen aller Arten

empfiehlt billigst
Friedrich Klotz
Königsbrückerstrasse 80 und 81.
Bautznerstrasse 28.

Kräutersäfte
zu blutreinigenden Frühjahrskuren etc., täglich frisch gepresst, innerhalb der Stadt freie Zusendung.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Hauptgeschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Lederwaaren-Specialität!
Damentaschen. — Reise-Artikel.
Photographie-Albums etc.
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 8, nächst dem Altmarkt.

Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert Robert Kunze, Bazar für Reiseartikel, Altmarkt 1 (Rathhaus).

Nr. 121. Spiegel: Ablehnung der Zuckersteuervorlage. Verwendung des Welfenfonds. Hofnachrichten. Hausbesitzerverein. Walpurgisnacht. Vor fünfzig Jahren. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Der selige Toupinel". | **Freitag, 1. Mai.**

Politisches.

Der Reichstag hat in seiner Abstimmung über die Zuckersteuer-Vorlage ein trostloses Bild der Zerfahrenheit geboten. Man mag die Verhandlungen noch so eifrig studiren und die optimistische Anschauung, daß der Parlamentarismus Goldgruben der Weisheit erschließe, noch so fest im lieben Gemüthe bewahren, so wird man angesichts der Thatsache, daß nach mehrtägigen Verhandlungen Alles, aber auch wirklich Alles, abgelehnt wurde, doch ein wenig irre werden und sich des kräftigen Wortes eines großen Staatsmannes erinnern: „Die Parlamentarier sind Leute, welche, nachdem sie 4 Monate mit den Geschäften des Landes sich beschäftigt, nachdem sie den Staat am Kragen genommen und tüchtig geschüttelt haben, zu Hause 8 andere Monate verbringen, während die Regierung das von ihnen zerrissene Staatsgewand wieder ausbessern kann." In der Frage der Zuckersteuer hat allerdings die Regierung selbst wohl nicht gerade die Absicht, auszubessern, was sie durch ihre etwas überstürzte Beunruhigung der Zuckerindustrie gefehlt haben mag. Die Vorlage stammte noch aus jener Zeit, in welcher sie mit dem Freisinn liebäugelte und den Anschein erweckte, als wolle sie die Versöhnung desselben durch ein Entgegenkommen auf allen möglichen Gebieten erkaufen. Inzwischen ist es ihr bekanntlich in dieser Gesellschaft „unheimlich" geworden und so wird es ihr gar nicht unlieb und sachlich überhaupt nicht unerfreulich sein, wenn auch hier Alles beim Alten, d. h. bei den einst von den staatserhaltenden Parteien gefaßten, von der früheren Regierung acceptirten Beschlüssen bleibt. Wäre die Sache an sich nicht ungemein ernst, so könnte man die Reichstagssitzung vom Mittwoch recht drollig finden. Antrag Graf Stolberg-Dulpsch (cons.) abgelehnt. Antrag Uhden abgelehnt. Antrag Hatzfeldt (Reichsp.) abgelehnt. Antrag Witte (freis.) abgelehnt. Antrag Oriterer-Spahn (Centr.) abgelehnt. Regierungsvorlage abgelehnt. Bei § 2 Ablehnung in der gleichen Reihenfolge, wobei die Regierungsvorlage — einstimmig durchfällt. Resultat: Null. Das wäre nun, wie gesagt, an sich ganz gut, zumal bei Einbringung der Vorlage das wichtigste Moment ganz außer Acht blieb, daß nämlich eine Aufhebung der Zuckerprämien einzig und allein auf Grund einer internationalen Vereinbarung nach Art der Londoner Konferenz angängig ist, aber das Bedauerliche bleibt, daß die Rübenkultur und die Zuckerindustrie sich auch bis auf Weiteres in der Lage eines Jünglings befinden, der auf einem Felsen hockt und in jedem Moment die Gefahr vor sich sieht, von den Fluthen des andringenden Meeres weggeschwemmt zu werden. „Lieber ertrinken", murmeln seine Lippen, „als die ewige Sorge um das Leben!"

Im preußischen Abgeordnetenhause hat Dr. von Caprivi in eigener Person den Welfenfonds auf das Tapet gebracht und damit einen augenscheinlichen Beweis seiner taktischen Befähigung gegeben. Es war von Seiten des Abg. Richter sorgfältig ein Kampf im Stile des Duells zwischen Hamlet und seinem einstigen Freunde Laertes vorbereitet worden. Das Gift, mit welchem der Letztere den Degen tränkt, um seinen früheren Freund recht sicher in das Jenseits zu befördern, war bereits gesammelt worden, nur wartete Caprivi, klüger als Hamlet, nicht so lange, bis es das Schwert des freisinnigen Kämpen schmückte. Infolge dessen blieb denn auch der tragische Schlußeffekt aus, und als gar der unvermeidliche Rickert, der mit Polonius auch noch andere gemeinsame Züge, als den Zug der Geschwätzigkeit besitzt, in die Bresche trat, um die Ehre seiner Partei zu retten, da war die Gefahr sehr groß, daß das Drama umkippte und in einen heiteren Schwank ausartete. Thatsächlich hat der Reichskanzler von Caprivi, indem er den Freisinnigen zuvorkam und in ruhiger und würdiger Weise die Berechtigung jeder Anklage zurückwies, einen Meisterstreich gethan, wenn auch andererseits anzuerkennen ist, daß die von Herrn Richter im Lande künstlich verbreitete Aufregung auch schon vorher gerade in Folge der Maßlosigkeit in der aufgewendeten Agitation ruhiger Besonnenheit Platz geschaffen hatte.

Die Ansicht, welche der gegenwärtige Leiter der Reichsregierung in seiner Stellung als erster Minister des Königs von Preußen entwickelte, wird jeder ruhig Denkende nur theilen können, sie bestätigt aber auch wieder die Auffassung, daß der von den Freisinnigen angezettelte Krieg nicht nur gegen den Fürsten Bismarck, sondern vielmehr gegen den Kaiser Wilhelm den Ersten und damit gegen das monarchische Prinzip geführt wurde. Bereits in den Darstellungen, welche aus offiziösen Quellen durchsickerten, war darauf hingewiesen worden, daß der König von Preußen persönlich die Leitung des eingezogenen Fonds besaß und daß er persönlich den Ministern, welche Theile vom Fonds zu verwalten hatten, Decharge ertheilte, d. h. daß er ihnen die Anerkennung gab, derselbe sei bestimmungs- und zweckgemäß verwaltet worden. Die Verwendung der Summen unterstand nicht etwa dem Ministerpräsidenten, sondern, wie Hr. von Caprivi ausdrücklich betonte, dem gesammten Staatsministerium, also beispielsweise seit einem Jahre Hrn. von Caprivi, Hrn. Miquel, Hrn. Herrfurth und ihren Kollegen, die denn auch ganz genau wie früher darüber verfügt haben dürften. Die Sache liegt genau so, wie in einem größeren Geschäft, in welchem der Chef eine gewisse jährliche Summe zur Erledigung der Korrespondenzen anweist, ohne jemals das Verlangen zu stellen, daß über jede verwandte Briefmarke im Besonderen eine Quittung ausgestellt werde. Käme nun irgend ein Hr. Richter oder Rickert mit der Behauptung, Buchhalter Müller habe einzelne Briefmarken für seine eigene Korrespondenz verwandt, so könnten die beiden Herren zwar einen Beweis für ihre Behauptung niemals erbringen, sich dafür aber mit dem süßen Bewußtsein schlafen legen, daß man nur muthlich zu verleumden braucht — es bleibt doch immer Etwas hängen. Also, wie gesagt, Niemand besitzt die Möglichkeit, nachträglich, nachdem die Belege auf Grund königlicher Genehmigung verbrannt sind, irgend einen Mißbrauch zu konstatiren, Niemand wird insbesondere den Hauptvorwurf, daß Hr. von Bötticher aus dem Welfenfonds eine unberechtigte Unterstützung erhielt, weiterhin festhalten können, ohne daß er in erster Linie den Kaiser Wilhelm schmähte. Denn Kaiser Wilhelm hat doch in dem Falle, daß er wirklich nicht aus seiner Privatschatulle, sondern aus dem Welfenfonds für diesen Zweck Mittel anwies, sicherlich gewußt, woher die Mittel fließen und ob er ein Recht zu ihrer Verwendung habe. Man darf neugierig sein, ob das politische Bubenstück, welches sich mühsam hinter der Vorspiegelung deckt, daß Monarchen, weil nicht sie, sondern ihre Minister verantwortlich seien, auch nicht das Verständniß für die Moralität ihrer Maßnahmen besitzen und als ob namentlich der große Kaiser Wilhelm der Erste in seinen letzten Regierungsjahren altersschwach geworden sei, noch weitergespielt werden wird.

Im Allgemeinen hat Herr von Caprivi zweierlei zugegeben, was von den Reichshörglern sofort als Beleg für die Berechtigung ihrer moralischen Entrüstung aufgegriffen wurde. Thatsächlich wurden die Summen nicht ausschließlich zur direkten Bekämpfung der Welfenumtriebe, sondern auch indirekt zur Stärkung des nationalen Gedankens, insbesondere in Hannover, verwandt. Aber dies war seit 20 Jahren bekannt. Man vergißt ja schnell in unserer Zeit, aber wenn Herr Richter eine Anklage erhob und mit Emphase den Fürsten Bismarck vor den Richterstuhl der Geschichte, d. h. vor den Schlafstuhl forderte, in dem die Demokratie mit der Zipfelmütze auf dem Haupte hingestreckt ist, so dürfte er nicht vergessen, daß am 19. Dezember 1869 die preußische Staatsregierung die „mittelbare" Abwehr als gleichberechtigtes Ziel neben der direkten Abwehr aufstellte und daß der Minister Camphausen im Jahre 1877 die gleiche Methode vertrat, ohne daß sich das Parlament genöthigt sah, dagegen zu remonstriren. Wäre die bisher übliche Verwendung ungesetzlich, so träfe das Parlament die Hauptschuld daran. Aber die Sache liegt noch wunderbarer. In dem Commissionsbeschluß von 1869 war die Auffassung, daß beispielsweise in Kurhessen Verkehrswege aus den Mitteln des Welfenfonds angelegt, Kirchen und Schulen gebaut werden sollten, mit 12 gegen 2 Stimmen ausdrücklich gebilligt worden. Wenn im Privatleben irgend Jemand einem Anderen erklärt, ich werde dies oder jenes thun, doch kannst Du es hindern, so würde der Letztere schon durch seine Unthätigkeit Mittheilnehmer einer etwaigen Schuld werden; das Kriminalrecht erkennt dies an. Im vorliegenden Falle träfe also das ganze Parlament der Vorwurf, daß es trotz der ministeriellen Erklärungen keinen Riegel vorschob. Die Ankläger des früheren Systems fußen aber ganz besonders darauf, daß die Belege über die Verwendung der Gelder verbrannt würden, nachdem der Kaiser sie gebilligt hatte. Man möchte die Sache gern so konstruiren, als sei dies ein Zeichen des bösen Gewissens. Aber glaubt denn wirklich im Ernste Jemand, daß die Regierung, weil vielleicht einmal widerrechtlich ein Abgeordneter nachfragen würde, jemals die Absicht hegen konnte, das Netz von Agenten, mit dem man allein eine geheime staatsfeindliche Propaganda zu vernichten im Stande war, öffentlich bloszulegen? Gegen geheime Umtriebe nützt nur die geheime Waffe, wer sich in den Dienst dieses Gedankens stellt, muß vollster Diskretion gewiß sein. Der ehrliche Michel andererseits, der sich offen mit dem Schwerte in der Faust jesuitischen Gegnern entgegenstellen würde, verdiente nichts anderes, als die öffentliche Anerkennung seiner Dummheit. Von Frankreich her wird eine ganze Schaar von Spionen besoldet; wie lange würde dort wohl ein Minister sein Portefeuille behalten, welcher der Kammer eine sorgfältige Darlegung von den Gehältern derselben und ähnlichen kleinen Heimlichkeiten geben wollte?

Federschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30 April.

* Geestemünde. Reichstags-Stichwahl. Bisher sind die Resultate aus 45 Wahlbezirken bekannt; danach erhielt Fürst Bismarck 4911 und Schmalfeld 4375 Stimmen.

* Geestemünde. Reichstags-Stichwahl. Nach den bisher aus 58 Wahlbezirken eingegangenen Resultaten erhielt Fürst Bismarck 7231 und Schmalfeld 4763 Stimmen.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Nachtragsetat. Auf der Tagesordnung steht zunächst erste und ev. zweite Berathung des Handelsvertrags mit Marokko. Abg. Prinz Arenberg (Centr.) begrüßt den Vertrag und spricht dem deutschen Ministerresidenten in Marokko den Dank dafür aus, daß derselbe aus eigener Initiative den Vertrag zu Stande gebracht habe, der so große Vortheile für uns enthalte. Dr. Brömel (freis.) schließt sich dem Lobe des Vertrags an. Am 10. Juli d. J. laufe aber der viel wichtigere Handelsvertrag mit Rumänien ab. Während der deutsche Export nach Marokko nur 600,000 Mark betrage, betrage der nach Rumänien 48 Millionen. Er frage, ob die Regierung versucht habe, mit Rumänien zu einem neuen Abschluß zu kommen. — Staatssekretär Freiherr v. Marschall: Die rumänische Regierung wolle zunächst den neuen Zolltarif durch die Kammer feststellen lassen und eine Probe damit machen; erst auf Grund dieser beabsichtige sie in Verhandlungen über neue Handelsverträge einzutreten. Die Regierung sei sich der Bedeutung des Handels mit Rumänien wohl bewußt und bemüht, derselben gerecht zu werden. Der Vertrag wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen, ebenso das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. — Die Gesetzentwürfe, betr. die Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen und betr. den Schutz der Gebrauchsmuster werden in 3. Lesung debattelos endgiltig angenommen. — Eine Petition um Gewährung von Entschädigung für alle in Folge von Milzbrand verendeten oder getödteten Rinder wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. — Ueber eine Anzahl von Petitionen, Tabaksteuer, Zoll ꝛc. betr., wird mit Rücksicht auf die dem Bundesrath zur Zeit schwebenden Verhandlungen zur Tagesordnung übergegangen. — Petitionen, betr. die Abänderung des Militärpensionsgesetzes und betr. den strafrechtlichen Schutz der mit thierischer Kraft betriebenen Straßenbahnen werden dem Reichskanzler als Material überwiesen. — Ueber Petitionen, betr. die zollfreie Einfuhr deutschen, jedoch in Oesterreich ausgedroschenen Getreides, und die Einführung eines Schutzzolles auf Hanf und Cichorie, wird zur Tagesordnung übergegangen. — Verschiedene Darlehnskassen-Vereine des Regierungsbezirks Kassel, des Eilaß und Bayerns petitioniren um Revision des Wuchergesetzes. Es soll nicht nur der Wucher unter Strafe gestellt werden, sondern bei gerichtlich nachgewiesener wucherischer Ausbeutung soll auch der Strafrichter auf Grund seiner genauen Kenntniß der Verhältnisse neben der Freiheits- oder Geldstrafe für den Wucher gleichfalls im Wege des Strafprozesses nach eigenem besten Ermessen die an den Bewucherten durch den Wucherer zu zahlende Entschädigungssumme festsetzen und für deren Beitreibung Sorge tragen. Die Kommission beantragt, diese Petition dem Reichskanzler als Material für eine etwaige Aenderung der betr. Gesetzgebung zu überweisen. — Abg. v. Strombeck (Centr.) beantragt dagegen Berücksichtigung ev. Erwägung. — Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.) betont die dringende Nothwendigkeit, gegen den Wucher schärfer vorzugehen. Der Wucher gleiche dem Hauschwamme, der sich von den Fundamenten bis zu den Zinnen des Gebäudes ausdehne. Es sei hohe Zeit, das Reichsgebäude durch wirksame Gesetzgebung dagegen zu schützen. Redner giebt dann eine Uebersicht der Entwickelung des Wuchers im Reiche, speziell der wucherischen Ausbeutung des Bauernstandes. Am günstigsten sei Sachsen daran, da dort eine weise Gesetzgebung seit einem Menschenalter Vorsorge gegen eine Zerschlagung des bäuerlichen Grundbesitzes getroffen habe. Auch Mecklenburg und Braunschweig würden von der jüdisch-wucherischen Ausbeutung verschont. Wucherer und Jude seien identisch. Man schneide den Krebsschaden aus, sonst wird der ganze Körper vergiftet. — Abg. Rickert (freis.): Mit dem Vorredner zu diskutiren, werde man ihm nicht zumuthen. Es sei ein Zeichen großer Geduld, daß das Haus so lange diese Verunglimpfung eines gleichberechtigten Theiles unserer Mitbürger angehört habe. Die Juden-Emanzipation sei eine christlich-germanische That. Wenn sich unter den Wucherern soviel Juden befänden, so sei das eine Folge der früheren Gesetzgebung, welche sie geradezu auf den Wucher anwies, um sie dann wieder auspressen zu können. Die sogenannte Güterausschlachtung halte er für kein unehrenhaftes Gewerbe. Die Zertheilung großer Güter wirke im Gegentheil sehr segensreich. Alle Parteien müßten sich gegen den Antisemitismus verbünden. Halte die Rechte sich davon zurück, so werde die Linke mit diesem Auswuchs allein fertig werden. Abg. Dr. Schier (kons.) befürwortet Berücksichtigung der Petition. — Abg. Stadthagen (soz.) wird gleichfalls für Berücksichtigung stimmen. Aber es dürfe nicht blos gegen den Judenwucher, sondern es müsse gegen jeden Wucher vorgegangen werden. Auch der Zuckerpreis und die Getreidezölle seien Wucher. — Abg. Münch (freis.): Wenn einem Geldgeber häufig gegebene Versprechungen und selbst das Ehrenwort gebrochen werden, so werde er vorsichtig und suche sich durch höhere Zinsen zu decken. Er habe da auch schmutzige Papiere, Ehrenscheine, die ausgestellt, aber nicht eingelöst wurden und die Herr Liebermann einsetzen könne. — (Abg. Dr. Liebermann v. Sonnenberg: Lüge!) Schluß der Debatte wird beantragt. — Abg. Böckel (Antis.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Bureau schließt sich diesem Zweifel an. — Morgen Novelle zum Branntweinsteuergesetz. — Am Montag beginnt die 3. Berathung des Arbeiterschutzgesetzes. — Mitglieder aller Parteien, darunter Freiherr von Frieslen und Merbach, haben eine Novelle zum Invaliden- und Altersversicherungsgesetz eingebracht, wonach für Versicherte, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes das 40. Lebensjahr vollendet haben, sich die Wartezeit für die Altersrente um so viele Beitragsjahre und Beitragswochen verringert, als ihr Lebensalter am 1. Jan. 1891 das vollendete 40. Jahr überschritten hat.

Berlin. In der gestrigen Bundesrathssitzung gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Bayr. Bundesbevollmächtigte Graf v. Lerchenfeld Namens der Versammlung unter allseitiger Zustimmung dem Gefühl der Trauer über das Ableben des Generalfeldmarschalls Grafen von Moltke Ausdruck. — Der „Reichsanz." veröffentlicht die Ernennung des Geheimraths Dr. von Scheel zum Direktor des kaiserl. statistischen Amtes. — Die Leiche Moltke's wurde mit Gickerheim'schem Präparat einbalsamirt. — Der Kaiser hat dem Infanterieregiment Nr. 38 in Schweidnitz den Namen Moltke beigelegt. — Die Begegnung des Kaisers mit dem Großherzog von Luxemburg findet am 7. Mai zu Bonn statt. — Wie aus Friedrichsruh gemeldet wird, war Fürst Bismarck thatsächlich entschlossen, zur Leichenfeier Moltke's nach Berlin zu kommen. Er hatte auch schon seinen Salonwagen bestellt. Die Reise unterblieb jedoch infolge Besorgnisses um das Befinden der Fürstin, die seit einigen Tagen erkrankt ist.

Berlin. Der Bundesrath stimmte heute der Generalakte der Brüsseler Antisklaverei zu.

Berlin. Im Abgeordnetenhaus brachte Abg. Rickert beim Justizetat die Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten zu Breslau zur Sprache, welcher die Beseitigung der Juden aus dem Geschworenendienst anordnet. — Geh. Justizrath Lukas erwiderte, die Verfügung sei nur dahin gegangen, daß solche jüdische Personen, denen zum Geschworenenamte jegliche Festigkeit und Energie ermangele, nicht zugelassen werden sollten, da vielfach mit solchen Personen üble Erfahrungen gemacht worden seien. Die Verfügung sei trotzdem vom Minister gemißbilligt. — Abg. Munckel (freis.) verlangt disziplinarische Untersuchung gegen den Oberlandesgerichtspräsidenten. — Abg. Stöcker (kons.) dankt dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau, daß er den Muth gehabt habe, auf die Gefahr hinzuweisen, die für die Rechtspflege aus dem Eindringen des Judenthums erwächst. Es entspann sich hierauf eine längere Debatte rein persönlicher Natur zwischen Munckel und Stöcker, in der die strafrechtlichen Verhandlungen in den Prozessen Stöcker gegen Witte und andere, an denen Stöcker betheiligt war, den Gegenstand der Erörterungen bildeten.

Essen. Ausständig sind 11,000 Mann, gegen gestern 16,193 und vorgestern 20,000. Neue Zechen sind nicht in den Streik eingetreten. Derselbe wurde gestern und heute auf 14 Zechen beendet; auf mehreren anderen Zechen ist er fast beendet. Es streikten heute Mittag nur 31 Zechen, gegen 46 von vorgestern.

Paris. Die Portugiesen besetzten Massikesse. — Um Paris sind für morgen mehr Truppen zusammengezogen, als alljährlich zur Revue bei Longchamps. Die Kammer-Quästur wird Arbeiterdeputationen von je 5 Mann stark zur Ueberreichung von Petitionen zulassen.

Wien. Der Adreßausschuß des Abgeordnetenhauses lehnte das Plener'sche Amendement, betr. die Volksschule ab. Die Deutschliberalen bringen einen eigenen Adreßentwurf ein.

Wien. Beim Schluß der Sitzung des Herrenhauses begann ein Mann auf der Tribüne eine erregte Rede an das Haus zu richten, indem er zahllose Blätter mit der Prochaska'schen Ankündigung von Gold- und Platinafund in Böhmen hinabstreute. Er wurde arretirt.

Wien. Zu Ehren der Delegirten, welche an den Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag theilgenommen, fand gestern bei dem Minister v. Szechenyi eine Abschieds-Soirée statt, zu welcher auch der deutsche Botschafter Prinz Reuß, sowie die Gesandten Bayerns, Sachsens und Württembergs und

Pfund's Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42. Frische Milch. (Kaumfreie) Trocken-Butterung.